

## **Arbeitsgemeinschaft Verkehrslärm Region Leonberg (AGVL)**

Ewald Thoma (Sprecher)  
Schwabstr. 22  
71229 Leonberg  
Tel.: 07152 31027  
E-Mail: [ewald.thoma@t-online.de](mailto:ewald.thoma@t-online.de)  
Internet: [www.agvl-leonberg.de](http://www.agvl-leonberg.de)



Leonberg, 26.1.2015

## **Luftschadstoffe machen an Stadtgrenzen nicht halt**

### **Begleittext zur Pressekonferenz des Umweltbündnisses Stuttgart am 27.1.2015 zum Vertragsverletzungsverfahren der EU**

Bisher hat es in der Öffentlichkeit den Anschein, dass das Vertragsverletzungsverfahren nur die Stadt Stuttgart und dort hauptsächlich die zweifellos schwierige Situation am Neckartor beträfe. Dem ist aber nicht so. Die EU nennt als betroffenen Bereich nicht nur die Stadt sondern den Ballungsraum Stuttgart (im Unterschied zu Leipzig). Insbesondere weist die EU auf die Umweltzonen in Leonberg und Ludwigsburg hin. Dies kommt nicht von ungefähr. Die Probleme mit den Luftschadstoffen können nicht alleine in Stuttgart gelöst werden. Man muss dazu sich nur anschauen, wo die Schadstoffe herkommen.

Bei den heute immer noch sehr problematischen Schadstoffen Feinstaub und NO<sub>2</sub> dominiert als Quelle eindeutig der Straßenverkehr (siehe beigefügte Präsentation). Die Hauptquellen dafür liegen nicht so sehr im Stuttgarter Stadtgebiet sondern entlang der großen Verkehrsadern in der Region, vor allem sind es die Autobahnen. Sie sorgen für die hohe Hintergrundbelastung, welche wiederum zu den Spitzenbelastungen an ungünstig gelegenen Immissionsorten in den Innenstädten erheblich beiträgt.

Speziell die Autobahnen sind bisher völlig von den Immissionsminderungsmaßnahmen ausgenommen – sie sind praktisch Tabuzonen. Dies führt z.B. zur der grotesken Situation, dass die Umweltzone von Leonberg exakt an den Autobahnen endet. Und dies obwohl es in Leonberg durch die ortsnahe Lage der Autobahnen Bereiche gibt, wo nicht nur die Hintergrundbelastung wirkt, sondern auch die unmittelbare Belastung zu Grenzwertüberschreitungen führt. Vorstöße der AGVL beim Ministerium und dem Regierungspräsidium, wenigstens eine Geschwindigkeitsbegrenzung nach dem Dreieck Leonberg in Richtung Karlsruhe anzulegen, sind regelmäßig abgewiesen worden, mit der Begründung, die Autobahnen würden nur unwesentlich zur Belastung beitragen.

Wirft man einen Blick in die Zukunft, so sehen die Aussichten alles andere als gut aus. Speziell der Transitverkehr auf den Autobahnen soll noch deutlich zunehmen. Es gibt gerade im Bereich Leonberg erhebliche Ausbaupläne (siehe beigefügte Grafik). Der Raum Leonberg ist aber bereits an der Belastungsgrenze (siehe Grafiken) – insbesondere auch beim Zwillingsbruder der Schadstoffe, dem Verkehrslärm. Jede Kapazitätserweiterung erhöht unweigerlich das Verkehrsaufkommen und damit die Belastung. Dies wird zu Gesundheitsschäden und zur Minderung der Lebensqualität führen.

Leider tun momentan die Planungsbehörden alles, um keine Schutzmaßnahmen bei neuen Verkehrsprojekten durchführen zu müssen. Dazu gibt es zwei aktuelle Beispiele:

- Der Ausbau der A8/A81 zwischen dem Kreuz Stuttgart und Leonberg um eine weitere Fahrspur.

---

**Die Arbeitsgemeinschaft Verkehrslärm Leonberg (AGVL) wird von folgenden Vereinen/Initiativen getragen:**  
Bürgerforum Magstadt e.V., Bürgerinitiative Bahnlärm Leonberg –Höfingen, Bürgerverein Eltingen e.V., Bürgerverein Leonberg-Ezach e.V. Bürgerverein Leonberg Silberberg e.V., Bürgerinteressengemeinschaft Gartenstadt/Glemstal e.V. (BiGG), Haldenberg Leonberg Initiativegemeinschaft (H.A.L.Lig), Bürgergemeinschaft Ramtel e.V., Interessengemeinschaft Renningen-Kindelberg, Interessengemeinschaft Renningen-Hummelbaum

- Der Neubau der B 464 und der Ausbau der B 295 zu einem Autobahn-Bypass der A81 („Ersatzautobahn“)

Bei beiden Projekten gibt es trotz der hohen Verkehrssteigerung noch nicht einmal eine Bürgeranhörung und keinerlei Schutz vor Lärm und Schadstoffen. Geradezu grotesk ist es, dass ausgerechnet für den Ausbau des mit Abstand am stärksten belasteten Autobahnteilstücks zwischen Leonberg und dem Stuttgarter Kreuz (es ist sogar Spitze in Deutschland) das Regierungspräsidium Stuttgart keine Auswirkungen auf betroffene Bürger sieht. Die Genehmigung erfolgte kurz vor Weihnachten ohne Umweltprüfung. Angesichts des schwebenden Vertragsverletzungsverfahrens ist dies völlig unverständlich und rechtlich nicht haltbar. Weitere Details dazu siehe beigefügtes Schreiben an Ministerpräsident Kretschmann, die Pressemitteilung zu diesem Vorgang sowie einen Appell an die Gemeinderäte der Stadt Renningen.

Wie schon angedeutet geht es auch nicht nur um den Feinstaub, sondern um den Schadstoff NO<sub>2</sub>. Bei diesem Schadstoff sieht die Situation noch deutlich schlechter aus. Die Grenzwerte werden noch stärker und häufiger überschritten als bei Feinstaub. Daher ist auch hier mit einem Vertragsverletzungsverfahren zu rechnen. Dass momentan nur der Feinstaub im Visier der EU-Kommission ist, liegt lediglich daran, dass die Regulierung bei NO<sub>2</sub> einen zeitlichen Versatz hat. Es ist kurzsichtig, dass dieser Aspekt momentan anscheinend keine Rolle spielt.

Vor diesem Hintergrund ist folgendes dringend erforderlich:

- Ein **regionales** Gesamtkonzept wie die Herausforderungen der Schadstoff- und Lärmbelastung künftig so gemeistert werden können, dass alle Bürger vor Gesundheitsgefahren geschützt sind. Dabei sind die Richtlinien der WHO zu beachten.
- Die **frühzeitige** Beteiligung der Bürger an allen Verkehrsvorhaben. Es darf z.B. keine Plangenehmigungsverfahren unter Ausschluss der Bürger in der Region mehr geben.
- **Einbeziehung der Autobahnen und Fernstraßen** der Region in die Maßnahmen zur Senkung der Lärm- und Schadstoffbelastung. Dazu gehören z.B. generelle Geschwindigkeitsbeschränkungen, verkehrslenkende Maßnahmen, usw.
- Auch die völlig veraltete und undurchsichtige Lärmgesetzgebung muss endlich grundlegend erneuert werden. Letztlich brauchen wir einen Paradigmenwechsel bei der Mobilität, da es so nicht mehr weiter gehen kann. Dies ist aber ein anderes Thema.

## Zur AGVL

Die Arbeitsgemeinschaft Verkehrslärm Region Leonberg /AGVL) ist eine Dachorganisation über verschiedene Bürgervereine und Bürgerinitiativen von Leonberg und Umgebung (siehe Fußnote des Dokuments).

Ziel der AGVL ist es, den Verkehrslärm und die Schadstoffbelastung in diesem Raum zu reduzieren. Sie richtet sich dabei nicht grundsätzlich gegen die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen, sondern will erreichen, dass deren Folgen zum Wohle und Schutz vor Gesundheitsschäden der Anlieger von Verkehrsanlagen so weit wie möglich minimiert werden und Auswüchse der Mobilität vermieden werden. Die AGVL ist in Form der Arbeitsgruppe ‚Immissionen‘ Mitglied der Lokalen Agenda 21 Leonberg. Die AGVL arbeitet mit anderen Initiativen in der Region, im Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland eng zusammen, insbesondere dem neu gegründeten bundesweit agierenden ‚Aktionsbündnis Verkehrslärm‘.